

Kunststoffe in Weltmeeren

Plastikabkommen umstritten – EU reitet vor

Bis 2025 könnte ein internationales Kunststoffabkommen auf UN-Ebene stehen. Europa ist wie so oft Vorreiter mit großen Ambitionen. Das Thema ist international umstritten, insbesondere finanzielle Aspekte spielen eine entscheidende Rolle.

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) hat sich ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: die Verschmutzung durch Plastik, insbesondere in den Meeren, zu stoppen. Vom 13. bis 19. November fand in Nairobi die dritte von fünf Verhandlungsrunden statt. Das neue rechtsverbindliche Abkommen soll bei der diplomatischen Konferenz im ersten Halbjahr 2025 unterzeichnet werden.

Die zentrale Frage, wie und in welchem Umfang die Produktion verschiedener Kunststoffe eingeschränkt werden soll, konnte in Nairobi nur ansatzweise beantwortet werden. Expert:innen äußern bereits Zweifel am Ambitionsniveau des Abkommens, insbesondere angesichts des äußerst ehrgeizigen Zeitplans und der zahlreichen noch zu lösenden Herausforderungen.

Ehrgeizige Akteure legen vor

Die EU setzt sich als Mitglied der „High Ambition Coalition to End Plastic Pollution“ für ein umfassendes Abkommen ein. Die Koalition betont die Notwendigkeit überprüfbarer, zeitgebundener globaler Reduktionsziele und Kontrollmaßnahmen, um die Produktion von Kunststoffen und Chemikalien schrittweise und signifikant zu reduzieren.

Der Internationale Rat der Chemieverbände (ICCA) unterstreicht die Bedeutung der Wirksamkeit des

Übereinkommens in Verbindung mit anderen internationalen Übereinkommen, insbesondere solchen, die chemische Zusatzstoffe und den Handel mit Kunststoffabfällen regeln. Die EU ist bereit, einen konstruktiven Beitrag zu einem kohärenten und wirksamen Übereinkommen zu leisten. Dies zeigt auch die Einigung auf ein EU-weites Exportverbot von Kunststoffabfällen in Nicht-OECD-Länder ab Mitte 2026 im Rahmen der jüngsten Trilog-Einigung zur EU-Abfallverbringungsverordnung ([Link](#)).

Auch österreichische Unternehmen, wie etwa Greiner ([Link](#)) als weltweit führendes Kunststoffunternehmen, fordern ein ambitioniertes Abkommen. Stefan Grafenhorst, Vice President of People & Sustainability bei Greiner:

„Kunststoff ist ein wertvolles Material, das in der Umwelt nichts verloren hat. Daher braucht es weltweit verpflichtende Spielregeln für die Produktion, den Umgang und die Entsorgung. Europa sollte eine Vorreiterrolle einnehmen und sich für ein ambitioniertes Vertragswerk stark machen“.

Der Hauptgeschäftsführer von PlasticsEurope, dem deutschen Fachverband der kunststofferzeugenden Industrie, Ingemar Bühler spricht im Interview mit dem Deutschlandfunk ([Link](#)) über notwendige Ansätze in der Kreislaufwirtschaft und im Abfallmanagement:

„Wir müssen dorthin gehen, wo die ganz großen Abfallmengen entstehen und dorthin, wo wahnsinnig viel produziert wird. Ein wichtiger Punkt für den Schutz der Meere ist der Ausbau von Abfallwirtschaftssystemen, zum Sammeln, zum Sortieren, zum Recyceln von Kunststoffen, von Abfällen, im generellen. Das ist wahnsinnig wichtig. Und wir sind da nicht einmal in der Europäischen Union auf einem gemeinsamen Standard. Das müssen wir signifikant ausbauen. [...] Wir müssen Plastik neu denken. Wir brauchen smartes Plastik. Das heißt, wir brauchen einen smarten Einsatz. Wir brauchen funktionale und langlebige Anwendungen und Produkte, bei denen der Kreislauf funktioniert.“

Die „Business Coalition for a Global Plastic Treaty“ zeigt sich nach Nairobi jedoch besorgt über Versuche einzelner Staaten den Geltungsbereich des Vertragstextes einzuschränken und sich nur auf nachgelagerte Maßnahmen zu konzentrieren. Sie fordert Maßnahmen entlang der gesamten Kunststoff-Wertschöpfungskette und vorgelagerte Lösungen wie den Verzicht auf problematische Kunststoffmaterialien und bedenkliche Chemikalien, ein besseres Produktdesign und den Ausbau von Mehrwegsystemen.

Knackpunkt Finanzierung

Ein zentraler Verhandlungspunkt ist die Finanzierung des Abkommens. Auf EU-Ebene wurde im Vorfeld betont, dass zunächst der Umfang und die Ausgestaltung des Abkommens klar verhandelt sein müssten, bevor man sich der Frage der Finanzierung widmen könne. In Nairobi wurde die Finanzierungsdiskussion erstmals aufgegriffen. Die Entwicklungsländer fordern eine finanzielle Unterstützung durch die Hauptverursacher. Die EU spricht sich für die Nutzung eines bestehenden Finanzierungsmechanismus aus. Die Diskussion über die Verteilung der finanziellen Lasten und die Suche nach fairen Mechanismen zur Unterstützung der Entwicklungsländer wird ein wesentlicher Aspekt der nächsten beiden Verhandlungsrunden sein.

Unterschiedliche Positionen & Definitionen erschweren den Fortschritt

Unklare Definitionen, z.B. was als vermeidbares Plastikprodukt gilt, erschweren Fortschritte. Es herrscht Uneinigkeit darüber, was genau unter den Geltungsbereich des Abkommens fällt, da der Begriff „Plastik“ eine Vielzahl von Kunststoffarten umfasst. Einige Medien sprechen bereits von einem möglichen Scheitern des Abkommens, da insbesondere ölproduzierende Länder wie Saudi-Arabien und der Iran Fortschritte blockieren.

Vor allem die Einigung auf globale Reduktionsziele für die Kunststoffproduktion erweist sich als schwierig. China lehnt eine Produktionsbegrenzung ab und betont, dass die Maßnahmen des Abkommens in direktem Zusammenhang mit der Bekämpfung der Plastikverschmutzung stehen sollten. Ähnliche Bedenken wurden von Indien und Japan geäußert. Entwicklungsländer hingegen bestehen auf finanzielle Unterstützung als integralen Bestandteil des Abkommens.

Das internationale Plastikabkommen steht vor zahlreichen Herausforderungen, die von unklaren Definitionen über die Finanzierung bis hin zu unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen reichen. S. E. Velasquez, Vorsitzender des INC., beendete die Verhandlungen in Nairobi mit einer positiven Grundstimmung, betonte jedoch gleichzeitig:

„Es ist noch viel zu tun, um die Differenzen zu verringern und die technische Arbeit für unsere Verhandlungen weiterzuentwickeln“.

Die nächsten Verhandlungsrunden werden zeigen, ob ein robustes und effektives Abkommen erreicht werden kann, das einen bedeutenden Beitrag zur Reduzierung der globalen Plastikverschmutzung leisten kann.



Position der WKÖ:

- Die WKÖ erachtet internationale Bemühungen zur Regelung von Kunststoffen als sinnvoll. Es sollte jedoch darauf geachtet werden, dass die bereits sehr ambitionierte europäische Gesetzgebung im Einklang mit den internationalen Bemühungen steht.
- Es dürfen keine weiteren Belastungen für Unternehmen in der EU und die Wirtschaft entstehen, z.B. durch einen neu geschaffenen Finanzierungsfonds. Das Hauptargument hierfür ist, dass die EU-Wirtschaft einen erheblichen Beitrag zur internationalen Chemikaliensicherheit leistet, indem sie der internationalen Gemeinschaft Unmengen an Chemikaliendaten, die im Rahmen der REACH-Registrierung gesammelt werden, zur Verfügung stellt.
- Es muss sichergestellt werden, dass durch die Hintertür nicht internationale Regelungen eingeführt werden, die bereits auf EU-Ebene nicht konsensfähig waren. ●

Weitere Infos:

- UN-Plastikabkommen ([Link](#))
- High Ambition Coalition to End Plastic Pollution ([Link](#))
- Business Coalition for a Global Plastic Treaty ([Link](#))



Felicia Ranner MSc (WKÖ)

felicia.ranner@wko.at